

Zeitschrift: Mitteilungsblatt für die Schweizer im Fürstentum Liechtenstein
Band: - (1966)
Heft: 5

Artikel: Wir brauchen Sie dringend!
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-938547>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

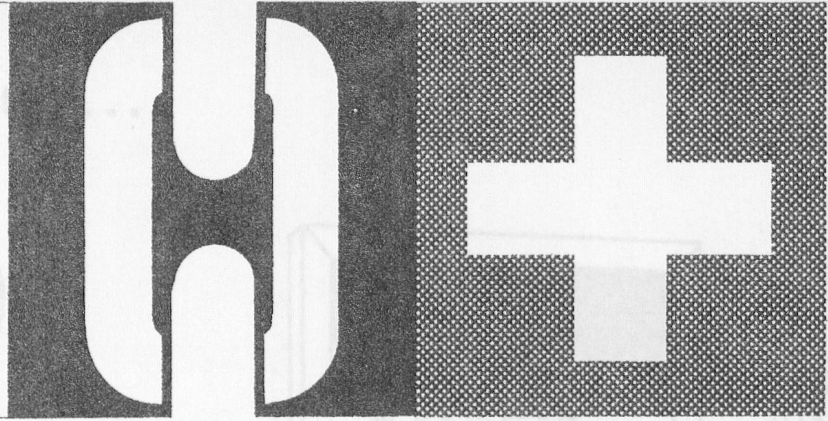
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wir
brauchen
Sie
dringend!



Bis heute wurde wiederholt darauf hingewiesen, welche Vorteile der Beitritt zum Solidaritätsfonds bietet. Einerseits schafft sich jeder Genossenschafter in der Schweiz ein kleines *Sparguthaben* in Schweizerfranken, andererseits kann er bei einem Existenzverlust im Ausland im Sinne der Statuten Anspruch auf eine *Pauschalentschädigung* erheben, die das *Hundertfache* seiner jährlichen Spareinlage beträgt.

Dass dies keine leeren Versprechungen sind, geht daraus hervor, dass bis Mitte Oktober 1965 an 245 Genossenschafter, die im Ausland einen Existenzverlust erlitten, Pauschalentschädigungen von total Fr. 2 245 000.— ausbezahlt und an 17 Genossenschafter aus dem Hilfsfonds Beiträge von insgesamt Fr. 68 000.— geleistet wurden.

Damit ist der Sinn des Fonds, seinen Genossenschaftern die Vorsorge für die Zukunft und eine materielle Sicherung gegen einen eventuellen Existenzverlust zu ermöglichen, erfüllt. Er verfolgt aber — seinem Namen «*Solidaritätsfonds*» entsprechend — auch ein politisches und moralisches Ziel. Um dieses zu erreichen, ist er nicht nur auf den Beitritt der in gefährdeten Gebieten ansässigen Auslandsschweizer angewiesen, sondern in vermehrter Masse auf die Mithilfe aller derjenigen, deren Existenz nach menschlichem Ermessen nicht bedroht ist.

An diese Auslandsschweizer richtet sich heute unser Aufruf im besondern. Sie werden aufgefordert, durch ihren Beitritt zum Fonds ihrer Solidarität, ihrer Verbundenheit mit den Landsleuten, die als Vorposten der «*Fünften Schweiz*» mit Schwierigkeiten kämpfen, Ausdruck zu geben. Denn das Wissen, dass der Solidaritätsfonds und ihre Landsleute sie nicht im Stich lassen, kann zu einer nicht zu unterschätzenden moralischen Hilfe werden.

Der Beitritt zum Fonds bedeutet im übrigen für den Auslandsschweizer, der seine Existenz politisch nicht gefährdet glaubt, in keiner Weise einen Verlust. Mit seinen Spareinlagen öffnet er sich ein kleines Guthaben in der Schweiz, auf das er zu gegebener Zeit voll oder teilweise Anspruch erheben kann. Allein durch den Verzicht auf eine Zinsvergütung auf diesem Kapital und seinen Beitrag an die Verwaltungskosten trägt er zur moralischen und materiellen Sicherheit derer bei, die in gefährdeten Gebieten leben, und hilft, den seit bald sieben Jahrhunderten geltenden schweizerischen Wahlspruch «*Einer für alle, alle für einen!*» auch für die Auslandsschweizer zu verwirklichen.

Sollte daher nicht jeder, der nicht um seine Existenz bangen muss, dieser Eine, für alle sein wollen?

Der Solidaritätsfonds sollte, um seinen Aufgaben zu genügen, seine Mitgliederzahl auf das *Doppelte* erhöhen können. Es scheint dies vielleicht eine übertriebene Forderung. Dies zu erreichen wäre jedoch bereits möglich, wenn jeder bisherige Genossenschafter einen einzigen weiteren Auslandsschweizer zum Beitritt veranlasste.

Ein solcher Solidaritätsakt würde Inlandsschweizer, Behörden, politische Parteien und schliesslich auch die Öffentlichkeit davon überzeugen, dass die «*Fünfte Schweiz*», bevor sie auf die Hilfe des Inlandes zählt, *sich selbst helfen will*.